

„Energiewende als Sündenbock für Preissteigerungen“

■ Prof. Dr. Claudia Kemfert, DIW Berlin, über Fortschritte und Blockaden bei der Energiewende



■ Bildquelle: Roland Horn

Welche Fortschritte wurden in den letzten Jahren bei der Energiewende gemacht?

► Der Anteil der erneuerbaren Energien hat sich mittlerweile auf 25 Prozent an der Stromerzeugung erhöht, die Produktionskosten sinken kontinuierlich. Es sind zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen worden, weitere Investitionen und neue Arbeitsplätze werden folgen. Deutschland spart Energiekosten, da wir weniger fossile Energien importieren müssen. Zudem haben wir noch immer einen Stromüberschuss und können diesen gewinnbringend verkaufen. Die Börsenpreise sind niedrig wie nie, davon kann derzeit vor allem die Wirtschaft profitieren.

Und wo stockt Ihrer Meinung nach die Energiewende?

► Die Energiewende ist derzeit eine Stromangebotswende. Sowohl die Nachfrageseite als auch die gesamten und sehr wichtigen Energiebereiche der Gebäudeenergie und Mobilität werden außen vor gelassen. Ohne die Verbesserung der Energieeffizienz in allen Bereichen wird die Energiewende nicht gelingen. Zudem ist der Zubau von

weiteren Kohlekraftwerken problematisch. Sie passen nicht in eine nachhaltige Energiewende, da sie unflexibel sind und weiterhin Treibhausgase produzieren. Zudem schaffen sie Überkapazitäten. Auch kommt es jetzt darauf an, die Netze – insbesondere die dezentralen Verteilnetze – weiter auszubauen und die erneuerbaren Energien im Rahmen eines klugen Lastenmanagements gut miteinander zu verzahnen („virtuelles Kraftwerk“). Zudem werden dezentrale Gas-Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen benötigt, die gut kombinierbar sind mit volatilen erneuerbaren Energien.

Stichwort Solarbranche: Mit welchen Maßnahmen kann die Krise der deutschen Solarunternehmen abgefedert werden?

► Die Solarwirtschaft steckt weltweit in einer Krise, da es massive Überkapazitäten und starke Kostenreduktionen gibt. Kostenminderungen sind einerseits gut für die Verbraucher und Kunden, andererseits schaffen sie einen enormen Wettbewerbsdruck auf die heimischen Solarfirmen. Hinzu kommt das zum Teil unfaire Marktverhalten aus dem asiatischen Raum. Chinesische Unternehmen bieten derzeit Solarmodule an, die unter den Produktionskosten liegen. Die USA haben ein unlauteres Gebaren sowie Dumpingmethoden von Seiten chinesischer Hersteller festgestellt und mit der Einführung von Zöllen reagiert. Diese sind zwar ein zweischneidiges Schwert, da sie Handelsbeziehungen erschweren können. Andererseits bieten sie aber auch die Möglichkeit, sich vor unlauterem Geschäftsgeschehen zu schützen.

Was könnte die Bundesregierung gegen diesen unfairen Dumpingwettbewerb tun?

► Die Regierung in Deutschland sollte die Probleme ernster nehmen und die Solarbranche nicht komplett im Regen stehen lassen. Sie sollte außerdem innovative Un-

ternehmen weiterhin fördern. Die Solartechnologie ist eine Zukunftsbranche, von der Deutschland langfristig profitieren kann.

Ein kurzer Blick auf die Strompreisdebatte: Mit seiner 1-Billion-Euro-Drohung redet Bundesumweltminister Altmaier die Energiewende schlecht und schürt Panik vor steigenden Strompreisen. Welche Maßnahmen können einen sicheren und stabilen Strompreis gewährleisten?

► Die Energiewende muss als Sündenbock für unverhältnismäßige Preissteigerungen erhalten. Zwar lässt die weitere Förderung der erneuerbaren Energien die Umlage auf den Strompreis steigen, dennoch gibt es zahlreiche preissenkende Faktoren wie gesunkene CO₂- oder Kohlepreise. Wenn diese preissenkende Faktoren auch beim Stromkunden ankommen würden, dürfte der Strompreis sogar sinken. Die Umlage zur Förderung der erneuerbaren Energien steigt in erster Linie übrigens nicht aufgrund der starken Zunahme der erneuerbaren Energien, sondern da der Börsenpreis so stark gesunken ist. Denn die Umlage errechnet sich aus der Differenz zum Börsenpreis. Zudem gibt es zu viele Ausnahmeregelungen. Wäre der Börsenpreis nicht so niedrig, könnte die EEG-Umlage sogar sinken. Somit ist die Bundesregierung gefordert, Transparenz einzufordern, damit die preissenkende Faktoren auch beim Verbraucher ankommen. Zudem müsste sie dafür sorgen, dass die CO₂-Preise über die Wiederbelebung des Emissionsrechtehandels steigen, und dass die vielen Ausnahmen in der Industrie wieder auf ein vernünftiges Maß reduziert werden.

Prof. Dr. Claudia Kemfert ist Abteilungsleiterin für Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin.

► www.diw.de